



Barbara Woltmann

Berliner Wochenbericht

November 2016

CDU CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Bundshaushalt 2017 verabschiedet

Zum vierten Mal in Folge haben wir im Bundestag einen Haushalt verabschiedet, der ohne neue Schulden und ohne Steuererhöhungen auskommt. Die unionsgeführte Bundesregierung hat es damit geschafft, die Weichen für die Schuldentilgung zu stellen. Wir halten also unser Wahlversprechen ein und sorgen dafür, dass die Bundesrepublik Deutschland verantwortungsvoll handelt. Davon werden insbesondere unsere Kinder zukünftig profitieren. Im kommenden Jahr werden die Ausgaben im Bundshaushalt auf 329,1 Mrd. Euro veranschlagt. Die klare Haushaltspolitik von Bundesfinanzministers Wolfgang Schäuble hat vielfältigen Widerständen und Begehrlichkeiten besonders aus SPD-geführten Ressorts standgehalten. CDU und CSU stehen geschlossen hinter unserem Finanzminister. Selbst die umfangreichen flüchtlingsbedingten Kosten konnten ohne Neuverschuldung bewältigt werden. Niemand muss deshalb Einschränkungen hinnehmen. Im Gegenteil. Neben der Anhebung der Investitionsquote auf nunmehr 11 Prozent und den umfangreichen Bundesmitteln für Kultur haben wir auch Entlastungen bei der Einkommensteuer auf den Weg gebracht. Auch das Technische Hilfswerk (THW) erhält im kommenden Jahr deutlich höhere Zuwendungen. Insgesamt stehen dem THW 237 Mio. Euro zur Verfügung. Das sind 18,2 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.

Milliarden für die Sicherheit

Einen starken Zuwachs im Haushaltsplan des Bundes verzeichnet des Innenressort. Für das kommende Jahr stehen dem Bundesinnenministerium rund 9 Mrd. Euro zur Verfügung - das sind ca. 1,8 Mrd. Euro mehr im Vergleich zum Vorjahr. Die Mittel werden zum großen Teil dafür verwendet, die Sicherheitsbehörden personell besser auszustatten: 10.000 neue Stellen gibt es bis 2020. Mit der abschließenden Beratung des Haushaltes des Bundesministerium des Innern tragen wir somit den großen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit Rechnung. Die Bundesrepublik Deutschland ist damit gut gerüstet, um gegen die Bedrohungen durch den islamistischen Terrorismus und die Kriminalität effektiv vorzugehen. Allein die Bundespolizei erhält zunächst im kommenden Jahr 1.970 neue Stellen. Bis 2020 werden im Bereich der Bundespolizei insgesamt 7.500 zusätzliche Stellen geschaffen. Auch das Bundeskriminalamt wird bis 2020 mit über 1.300 zusätzlichen Stellen deutlich gestärkt. Aber nicht nur personell, sondern auch technisch werden die Sicherheitsbehörden besser ausgestattet. Zudem tragen wir durch den Aufbau einer „Zentralstelle für Informationstechnik im Bereich der Inneren Sicherheit“ (ZITiS) neuen technischen Entwicklungen Rechnung. Hauptaufgabe wird sein, verschlüsselte Kommunikation zu entziffern. Jetzt müssen auch die Länder nachlegen.

Ich habe mich mit meinen Kollegen der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag vehement für mehr Investitionen in die Innere Sicherheit stark gemacht. Wir sind und bleiben die Partei der Inneren Sicherheit!

Vorschau- Termine Dezember 2016

Berlin

Sitzungswochen

28. November - 2. Dezember
12.-16. Dezember

2. Dezember, 9.30 Uhr
**Integrationskonferenz des
Deutschen Landkreistages**
Berlin

14. Dezember, 10.00 Uhr
**98. Sitzung des
Innenausschusses des
Deutschen Bundestages**
Berlin

Wahlkreis

2. Dezember, 18.00 Uhr
**Tag des Ehrenamtes der
CDU Ammerland**
Landhaus Friedrichsfehn,
Friedrichsfehn

6. Dezember
**Verabschiedung des leitenden
Oldenburger Ober-
staatsanwalts**
Ehemaliger Landtag
Oldenburg

6. Dezember, 16.00 Uhr
**Bürgersprechstunde im
Wahlkreisbüro**
Langenhof 2,
Bad Zwischenahn

9. Dezember, 15.00 Uhr
**78. Landschaftsversammlung
der Oldenburgischen
Landschaft**
Ehemaliger Landtag,
Oldenburg

Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78366

barbara.woltmann.ma04@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

November 2016

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Verbot von Kinderehen in Deutschland

Ich lehne Kinderehen entschieden ab. In Deutschland gelten unsere Werte und unser Grundgesetz, die beide dem Kindeswohl Vorrang einräumen. Eine Verheiratung von Kindern ist damit absolut unvereinbar. Wir müssen klar machen, dass in Deutschland oder sonstwo in der Welt niemand das Recht hat, seine Kinder zu verheiraten. Mädchen sind in unserem Land nicht rechtlos. Kinder bedürfen des Schutzes der Gesellschaft vor Ausbeutung, gerade auch durch ältere Männer. Deshalb muss auch bei Familien, die aus anderen Kulturen zu uns kommen, die Aufhebung von Kinderehen künftig der Grundsatz sein.

Ein Fachgespräch der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Schule statt Ehe - Wie lassen sich Kinderehen verhindern?“ bot die Möglichkeit, sich eingehend mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Mit der Einreise hunderttausender Flüchtlinge im letzten Jahr wurden inzwischen deutschlandweit bis Ende Juli 2016 von den Behörden 1.475 Ehen registriert, in denen ein Partner noch minderjährig ist. Es handelt sich meist um minderjährige Mädchen, die im Ausland mit einem oft viel älteren Mann verheiratet wurden. Wenn diese Paare nach Deutschland kommen, stellt dies sowohl unsere Rechtsordnung als auch unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Es stellt sich vor allem die Frage, ob eine solche Eheschließung wirksam ist und welche Folgen daraus resultieren. Experten und Fachpolitiker waren sich schnell einig: Die Grundlage zur Hilfe für Kinder, die sich in Ehen wiederfinden, ist das deutsche Gesetz, das wir gegebenenfalls anpassen werden müssen. In jedem der Fälle muss es Anwendung finden.

Kommunen erhalten Planungssicherheit bei Integrationskosten

Wir haben am Donnerstag dieser Woche im Bundestag ein Gesetz zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration beschlossen. Damit erhalten die Kommunen Planungssicherheit für den Umgang mit den Kosten der Integration von Flüchtlingen. Mit 6 Mrd. Euro unterstützt der Bund die Integration für die Jahre 2016 bis 2018. Zusätzlich übernimmt der Bund die flüchtlingsbedingten Mehrkosten für die Unterkunft für anerkannte Flüchtlinge. Ab dem Jahr 2018 stehen den Kommunen dann 5 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung. Davon kommen 4 Mrd. Euro über die Umsatzsteuerpunkte direkt an die Kommunen und 1 Mrd. Euro über die Länder. Das ist eine gewaltige Leistung des Bundes für die Kommunen. Die unionsgeführte Bundesregierung setzt ihre kommunalfreundliche Politik konsequent und zukunftsgerichtet fort. Ich hoffe, dass die Bundesländer ihre Zusage einhalten, die 1 Mrd. Euro ungekürzt an die Kommunen weiterzuleiten. Das Geld darf nicht an den klebrigen Fingern der Länder hängen bleiben.

Delegation des Innenausschusses in Taiwan



Mich haben die Gespräche zusammen mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Stephan Mayer MdB, u.a. mit dem Vize-Außenminister Taiwans, der Generalsekretärin der Taipei City (siehe Foto), dem Generaldirektor des Polizeipräsidiums des Innenministeriums, dem stv. Minister des Justizministeriums und dem stv. Minister des Rats für Festlandangelegenheiten des taiwanischen Parlaments tief beeindruckt. Taiwan ist trotz seiner schwierigen Situation bezüglich der Restriktionen durch die Volksrepublik China wirtschaftlich stark, ungemein innovativ und einer der wichtigsten Handelspartner Deutschlands in Asien. Ich sehe in Taiwan aber nicht nur einen wirtschaftlichen, sondern auch einen politischen Partner, da seit zwanzig Jahren dort eine stabile Demokratie herrscht. Diese Entwicklung werden wir weiter unterstützen!